

**Verordnung  
der Landesregierung über das Jagdwesen  
(Jagdverordnung)**  
LGBL.Nr. [24/1995](#), [60/2001](#), [19/2002](#)<sup>1)</sup>, [7/2005](#), [72/2007](#)<sup>2)</sup>, [55/2008](#)

**1. Abschnitt: Allgemeines**

§ 1 Wild

**2. Abschnitt: Jagdgebiete**

§ 2 Unterlagen für die Festlegung neuer Jagdgebiete

§ 3 Unterlagen für die Änderung der Grenzen bestehender Jagdgebiete

**3. Abschnitt: Jagdnutzung****1. Unterabschnitt: Verfahren bei der Verpachtung der Jagd**

§ 4 Freihändige Vergabe

§ 5 Öffentliche Ausschreibung

§ 6 Ausschreibung der öffentlichen Versteigerung der Jagd

§ 7 Verfahren bei der öffentlichen Versteigerung

**2. Unterabschnitt: Jagderlaubnisschein**

§ 8

**4. Abschnitt: Vorschriften über das Jagen****1. Unterabschnitt: Jagdpflichtversicherung**

§ 9

**2. Unterabschnitt: Jagdprüfung**

§ 10 Ausschreibung der Prüfungstermine

<sup>1)</sup> Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie des Rates 79/409/EG in der geltenden Fassung über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten sowie der Richtlinie des Rates 92/43/EG in der geltenden Fassung zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen.

<sup>2)</sup> Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG.

§ 11 Zulassung zur Prüfung

§ 12 Prüfungsstoff

§ 13 Durchführung der Prüfung

§ 14 Prüfungsergebnis und Prüfungszeugnis

§ 15 Niederschrift

§ 16 Prüfungsgebühr

§ 17 Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission

§ 18 Ersatz der Jagdprüfung

**3. Unterabschnitt: Gebote und Verbote für das Jagen**

§ 19 Gebote bei der Ausübung der Jagd

§ 20 Verbote bei der Ausübung der Jagd

§ 20a Ausnahmen

§ 21 Abschuss im Wildwintergatter und an Futterplätzen für Rotwild

§ 22 Kurrung

§ 23 Örtliche Beschränkungen

§ 23a Sachliche Beschränkungen

**5. Abschnitt: Kennzeichnung der Wildruhezonen und der Sperrgebiete**

§ 24

**6. Abschnitt: Jagdwirtschaft****1. Unterabschnitt: Wildbehandlungen für das Rotwild**

§ 25 Einteilung

**2. Unterabschnitt: Schonzeiten**

§ 26 Ganzjährige Schonung

§ 27 Schuss- und Schonzeit

§ 27a Ausnahmen

**3. Unterabschnitt: Abschussplanung, Abschusskontrolle**

§ 28 Rotwildräume

§ 29 Wildregionen

§ 30 Abgrenzung der Rotwildräume und Wildregionen

§ 31 Abschussplan

§ 32 Abschusskontrolle

**4. Unterabschnitt: Wildfütterung**

- § 33 Standort der Futterplätze
- § 34 Auflassung oder Verlegung von Futterplätzen
- § 35 Fütterung des Rotwildes
- § 36 Fütterung des Rehwildes

**5. Unterabschnitt: Vergleichsflächen**

- § 37

**6. Unterabschnitt: Einfangen und lebend in Verkehr bringen von Wild**

- § 37a

**7. Abschnitt: Jagdschutzdienst****1. Unterabschnitt: Ausbildung von Jagdschutzorganen**

- § 38 Zulassung von Jagdbetrieben zur Ausbildung von Jagdschutzorganen
- § 39 Ausbildungsjahre

**2. Unterabschnitt: Jagdschutzprüfung**

- § 40 Ausschreibung der Prüfungstermine
- § 41 Zulassung zur Prüfung
- § 42 Prüfungsstoff
- § 43 Durchführung der Prüfung
- § 44 Prüfungsergebnis und Prüfungszeugnis
- § 45 Niederschrift
- § 46 Prüfungsgebühr
- § 47 Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission
- § 48 Ersatz der Jagdschutzprüfung

**8. Abschnitt: Jagdförderungsbeitrag**

- § 49

**9. Abschnitt: Schlussbestimmungen**

- § 50 Übergangsbestimmungen
- § 51 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Auf Grund der §§ 4 Abs. 3, 10 Abs. 4, 20 Abs. 5, 23 Abs. 3, 24 Abs. 4, 25 Abs. 5 und 6, 27 Abs. 2, 33 Abs. 5, 35 Abs. 1, 36 Abs. 1, 37 Abs. 1, 3 und 4, 42 Abs. 5, 43 Abs. 4, 49 Abs. 2, 52 Abs. 5 und 6 sowie 62 Abs. 2 des Jagdgesetzes, LGBl.Nr. 32/1988, in der Fassung LGBl.Nr. 67/1993, wird verordnet:

**1. Abschnitt  
Allgemeines**§ 1<sup>1)</sup>**Wild**

Als Wild (§ 4 Abs. 1 des Jagdgesetzes) gelten wild lebende Tiere der nachstehenden Arten:

- a) Haarwild: das Rot-, Reh-, Dam-, Gams-, Stein- und Schwarzwild (Schalenwild); der Feldhase, der Schneehase, das wilde Kaninchen, das Murmeltier, die Bisamratte; der Fuchs, der Marderhund, der Dachs, der Baum- oder Edelmarder, der Stein- oder Hausmarder, der Iltis, das Hermelin, das kleine Wiesel, der Fischotter, der Waschbär, die Wildkatze, der Luchs, der Wolf, der Bär (Raubwild);
- b) Federwild: das Auer-, Birk- und Rackelwild, das Hasel-, Schnee- und Steinhuhn, das Rebhuhn, die Fasane, die Wachtel, die Wildtauben, die Brachvögel, die Reiher, die Rohrdommeln, die Störche, die Regenpfeifer, die Rallen, die Taucher, die Kormorane und alle anderen Sumpf- und Wasservögel, die Taggreifvögel, die Eulen, die Rabenvögel.

**2. Abschnitt  
Jagdgebiete**

## § 2

**Unterlagen für die Festlegung neuer Jagdgebiete**

Dem bis spätestens 30. September vor dem beabsichtigten Wirksamkeitsbeginn der Neuregelung bei der Bezirkshauptmannschaft einzubringenden Antrag auf Festlegung neuer Jagdgebiete sind anzuschließen:

- a) Lageplan des festzulegenden Jagdgebietes im Maßstab 1:5.000;
- b) Lageplan (Übersichtskarte), aus dem auch die angrenzenden Jagdgebiete ersichtlich sind, im Maßstab 1:20.000;

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002

- c) Grundbuchsauszug über die zu einem festzulegenden Eigenjagdgebiet gehörenden Liegenschaften;
- d) Hinweis auf geltende Jagdpachtverträge und im Falle des beabsichtigten Wirksamkeitsbeginnes vor Beendigung des Jagdpachtverhältnisses eine schriftliche Erklärung der Jagdpächter über die Erteilung ihrer Zustimmung.

## § 3

**Unterlagen für die Änderung der Grenzen bestehender Jagdgebiete**

Dem bis spätestens 30. September vor dem beabsichtigten Wirksamkeitsbeginn der Neuregelung bei der Bezirkshauptmannschaft einzubringenden Antrag auf Änderung der Grenzen bestehender Jagdgebiete sind anzuschließen:

- a) Lageplan des von der Grenzänderung betroffenen Bereiches der Jagdgebiete im Maßstab 1:5.000;
- b) Lageplan (Übersichtskarte), aus dem die von der Grenzänderung betroffenen und die angrenzenden Jagdgebiete ersichtlich sind, im Maßstab 1:20.000;
- c) Grundbuchsauszug über die von der Grenzänderung betroffenen Liegenschaften;
- d) Hinweis auf geltende Jagdpachtverträge und im Falle des beabsichtigten Wirksamkeitsbeginnes vor Beendigung des Jagdpachtverhältnisses eine schriftliche Erklärung der Jagdpächter über die Erteilung ihrer Zustimmung;
- e) kurze Beschreibung der von der Grenzänderung betroffenen Jagdgebiete, insbesondere im Hinblick auf Wildeinstände, Fütterungen, Wildwechsel, Jägernotwege u.dgl.

### 3. Abschnitt Jagdnutzung

#### 1. Unterabschnitt Verfahren bei der Verpachtung der Jagd

## § 4

**Freihändige Vergabe**

Die beabsichtigte freihändige Vergabe der Jagd darf vom Jagdverfügungsberechtigten weder durch Anschlag noch durch sonstige Veröffentlichung kundgemacht werden.

§ 5<sup>1)</sup>**Öffentliche Ausschreibung**

(1) Der Jagdverfügungsberechtigte hat die öffentliche Ausschreibung der Jagd durch Anschlag an der Amtstafel des Gemeindeamtes und durch Verlautbarung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg mindestens zwei Wochen vor Ablauf der Angebotsfrist kundzumachen. Die Kundmachung hat jedenfalls zu enthalten:

- a) Bezeichnung des Jagdgebietes;
- b) Zeit und Ort der Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Pachtbedingungen und den Abschussplan sowie zur Einholung von Informationen, insbesondere über die Größe des Jagdgebietes, die im Jagdgebiet hauptsächlich vorkommenden Wildarten, die Bezeichnung der Wildregion und Wildbehandlungszonen, denen das Jagdgebiet zugehört, die jagdwirtschaftlichen Zielsetzungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Wald und Wild, den jährlich getätigten Abschuss innerhalb der letzten sechs Jahre, verordnete Wildruhezonen, angeordnete Freihaltungen, flächenwirtschaftliche Maßnahmen und Rotwild-Fütterungen;
- c) Benennung der Person oder Stelle, bei der das Angebot abzugeben ist, sowie des spätesten Zeitpunktes für die Abgabe des Angebotes;
- d) Hinweis, dass verspätet abgegebene Angebote keine Berücksichtigung finden.

(2) Vor Ablauf der Angebotsfrist dürfen die abgegebenen Angebote nicht geöffnet werden.

(3) Bei Jagdgenossenschaften hat deren Obmann die rechtzeitig abgegebenen Angebote dem für die Verpachtung der Jagd zuständigen Organ der Jagdgenossenschaft zur Öffnung und Entscheidung über die Vergabe vorzulegen.

(4) Die öffentliche Ausschreibung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Jagdpachtvertrag mindestens einen Monat vor dem vorgesehenen Beginn der Pachtzeit der Behörde zur Prüfung vorgelegt werden kann.

§ 6<sup>1)</sup>**Ausschreibung der öffentlichen Versteigerung der Jagd**

(1) Die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen sind vom Jagdverfügungsberechtigten festzulegen und spätestens zum Zeitpunkt der Kundmachung der öffentlichen Versteigerung zur allgemeinen Einsicht bereitzuhalten.

(2) Der Jagdverfügungsberechtigte hat die öffentliche Versteigerung der Jagd mindestens vier Wochen vor dem Tag der Versteigerung durch Anschlag an der

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

Amtstafel des Gemeindeamtes und durch Verlautbarung im Amtsblatt für das Land Vorarlberg kundzumachen. Die Kundmachung hat jedenfalls zu enthalten:

- a) Bezeichnung des Jagdgebietes;
- b) Zeitpunkt und Ort der Versteigerung sowie Höhe des Ausrufpreises und des zu erlegenden Vadiums;
- c) Benennung der Person oder Stelle, bei der in die Versteigerungs- und Verpachtungsbedingungen sowie in den Abschussplan Einsicht genommen werden kann und bei der Informationen, insbesondere über die Größe des Jagdgebietes, die im Jagdgebiet hauptsächlich vorkommenden Wildarten, die Bezeichnung der Wildregion und Wildbehandlungszonen, denen das Jagdgebiet zugehört, die jagdwirtschaftlichen Zielsetzungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Wald und Wild, den jährlich getätigten Abschuss innerhalb der letzten sechs Jahre, verordnete Wildruhezeiten, angeordnete Freihaltungen, flächenwirtschaftliche Maßnahmen und Rotwild-Fütterungen eingeholt werden können.

(3) Die öffentliche Versteigerung der Jagd hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Jagdpachtvertrag mindestens einen Monat vor dem vorgesehenen Beginn der Pachtzeit der Behörde zur Prüfung vorgelegt werden kann.

#### § 7

### Verfahren bei der öffentlichen Versteigerung

(1) Vom Jagdverfügungsberechtigten ist ein Leiter der Versteigerung zu bestellen. Vor Beginn der Versteigerung hat der Leiter der Versteigerung die von den Bieter zu erlegenden Vadien entgegenzunehmen und zu prüfen, ob die Bieter die Voraussetzungen für die jagdliche Nutzung im Sinne des § 17 des Jagdgesetzes erbringen. Von den Bieter sind hierzu die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Als Bieter ist nur zuzulassen, wer das Vadium erlegt und die Voraussetzungen für die jagdliche Nutzung (§ 17 des Jagdgesetzes) nachgewiesen hat.

(2) Der Leiter der Versteigerung hat die Versteigerung zu eröffnen, zu leiten und zu schließen.

(3) Der Zuschlag ist vom Leiter der Versteigerung an den Meistbietenden zu erteilen, wenn nach dreimaligem Wiederholen des Gebotes kein Übergebot mehr abgegeben wird. Mit der Erteilung des Zuschlages gilt der Jagdpachtvertrag als abgeschlossen.

(4) Über den Verlauf der Versteigerung ist eine Niederschrift zu erstellen, die jedenfalls die Namen und Anschriften der zugelassenen Bieter, die von ihnen erlegten Vadien, die Erteilung des Zuschlages und allfällige besondere Vorkommnisse zu enthalten hat. Die Niederschrift ist vom Leiter der Versteigerung zu unterfertigen.

## 2. Unterabschnitt Jagderlaubnisschein

### § 8

Für die Ausstellung der Jagderlaubnisscheine sind die in der Anlage 1 dargestellten Vordrucke in dem für die Jagdkarten gebräuchlichen Format zu verwenden.

## 4. Abschnitt Vorschriften über das Jagen

### 1. Unterabschnitt Jagdhaftpflichtversicherung

#### § 9<sup>1)</sup>

Die Mindestversicherungssumme für die Jagdhaftpflichtversicherung wird mit 726.728 Euro festgesetzt.

### 2. Unterabschnitt Jagdprüfung

#### § 10<sup>2)</sup>

#### Ausschreibung der Prüfungstermine

Die Bezirkshauptmannschaft hat jährlich einen, bei Bedarf zwei Prüfungstermine spätestens einen Monat vorher im Amtsblatt für das Land Vorarlberg, in mindestens einer Vorarlberger Tageszeitung sowie im Mitteilungsblatt der Vorarlberger Jägerschaft auszuschreiben. In der Ausschreibung sind Ort und Zeit der Prüfung sowie die Frist und die für die Einbringung des Antrages auf Zulassung zur Prüfung erforderlichen Unterlagen anzuführen.

#### § 11<sup>2)</sup>

#### Zulassung zur Prüfung

(1) Um die Zulassung zur Prüfung ist schriftlich anzusuchen.

(2) Dem Ansuchen sind die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Unterlagen, insbesondere die Kopie einer amtlichen Bescheinigung, aus der die Identität

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 60/2001

<sup>2)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

ersichtlich ist, sowie die Bestätigung einer anerkannten Rettungsorganisation über die innerhalb der letzten fünf Jahre erfolgreiche Teilnahme an einem wenigstens 16-stündigen Erste-Hilfe-Kurs anschließen.

(3) Zur Prüfung sind von der Bezirkshauptmannschaft zuzulassen:

- a) Personen, die im Sprengel der Bezirkshauptmannschaft, bei der das Ansuchen eingebracht wurde, ihren Hauptwohnsitz haben und
- b) Personen, die in Vorarlberg keinen Hauptwohnsitz haben.

## § 12

### Prüfungsstoff

(1) Der Prüfungsstoff umfasst die zur ordnungsgemäßen Ausübung der Jagd notwendigen Kenntnisse

- a) der jagdrechtlichen Vorschriften, insbesondere über den Inhalt und die Ausübung sowie die Grundsätze für die Ausübung des Jagdrechts, die Jagdnutzung, die Gebote und Verbote für das Jagen, die Rücksichtnahme- und Duldungspflichten im Interesse der Jagd, die Regulierung des Wildbestandes, die Wildhege und den Jagdbetrieb sowie den Ersatz von Jagd- und Wildschäden;
- b) der Wildkunde und Wildökologie, insbesondere der einzelnen Wildarten, deren Vorkommen und biologische Eigenarten, des Ansprechens nach Alters- und Qualitätsklassen, der Herstellung des richtigen Geschlechterverhältnisses, der Wildfütterung, der Behandlung des erlegten Wildes und der Maßnahmen gegen Wildkrankheiten und -seuchen;
- c) der Grundzüge der Waldökologie, der Ursachen, des Erkennens und der Verhütung von Wildschäden, der Maßnahmen zur Verbesserung der natürlichen Einstands- und Äsungsverhältnisse sowie der Grundzüge des Natur- und Landschaftsschutzes;
- d) der Grundsätze der Weidgerechtigkeit, des jagdlichen Brauchtums und der Jagdhundehaltung und -führung;
- e) der gebräuchlichen Jagdwaffen, Jagdmunition und Fanggeräte sowie deren Handhabung und Verwendbarkeit im Jagdbetrieb.

(2) Die Aufteilung des Prüfungsstoffes auf die Mitglieder der Prüfungskommission nach Sachgebieten sowie nach der für das einzelne Mitglied zur Verfügung stehenden Prüfungszeit obliegt dem Vorsitzenden.

## § 13<sup>1)</sup>

### Durchführung der Prüfung

(1) Die Prüfung wird vom Vorsitzenden geleitet und besteht aus einem theoretischen und einem praktischen Teil.

(2) Der praktische Teil der Prüfung umfasst die Handhabung der Jagdwaffen und ist auf einer Schießstätte vor dem mit der Abnahme dieses Prüfungsteiles vom Vorsitzenden beauftragten Mitglied der Prüfungskommission abzulegen. Vom praktischen Teil der Prüfung ist abzusehen, wenn der Prüfungswerber eine Bestätigung der Vorarlberger Jägerschaft über die innerhalb der letzten drei Jahre erfolgreiche Teilnahme an Schießübungen vorlegt.

(3) Der theoretische Teil der Prüfung hat mündlich und kommissionell zu erfolgen. Die Prüfung ist nicht öffentlich und darf die Dauer einer Stunde je Prüfungswerber nicht überschreiten.

(4) Der Vorsitzende kann einen Prüfungswerber von der Prüfung ausschließen, wenn er den Ablauf der Prüfung durch ungestümes Benehmen oder durch Verletzung des Anstandes trotz Ermahnung stört. In diesem Falle gilt die Prüfung als nicht bestanden.

## § 14

### Prüfungsergebnis und Prüfungszeugnis

(1) Die Mitglieder der Prüfungskommission haben das aus dem theoretischen und praktischen Teil der Prüfung zusammengefasste Ergebnis aus ihrem Sachgebiet festzustellen. Das Ergebnis der gesamten Prüfung ist von der Prüfungskommission mit Stimmenmehrheit festzustellen. Das Ergebnis hat jeweils auf „bestanden“ oder „nicht bestanden“ zu lauten. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die Prüfung gilt jedenfalls als „nicht bestanden“, wenn der Prüfungswerber vom Vorsitzenden gemäß § 13 Abs. 4 ausgeschlossen wird, während der Prüfung zurücktritt oder die Prüfung in einem Sachgebiet nicht bestanden hat.

(2) Das Ergebnis der Prüfung ist dem Prüfungswerber vom Vorsitzenden bekannt zu geben.

(3) Prüfungswerber, die die Prüfung nicht bestanden haben, sind vom Vorsitzenden über die Möglichkeiten der Wiederholung der Prüfung zu belehren. Sofern die Prüfung nur in einem Sachgebiet nicht bestanden wurde, hat sich die Wiederholungsprüfung lediglich auf dieses Sachgebiet zu beschränken. Sonst ist die gesamte Prüfung zu wiederholen. Die erste Wiederholungsprüfung in einem einzelnen

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

Sachgebiet kann frühestens nach einem Monat, die erste Wiederholung der gesamten Prüfung frühestens nach drei Monaten erfolgen. Der Prüfungswerber kann höchstens zweimal zu Wiederholungsprüfungen antreten, wobei zwischen der ersten und zweiten Wiederholungsprüfung eine Wartezeit von mindestens einem Jahr einzuhalten ist. Die Wiederholung der Prüfung hat vor der Prüfungskommission jener Bezirkshauptmannschaft zu erfolgen, die für die Zulassung zur Prüfung aufgrund des Hauptwohnsitzes zum Zeitpunkt der Wiederholungsprüfung zuständig ist. Personen, die in Vorarlberg keinen Hauptwohnsitz haben, haben jedoch die Prüfung vor der Prüfungskommission zu wiederholen, bei der sie die nicht bestandene Prüfung abgelegt haben.

(4) Prüfungswerbern, die die Prüfung bestanden haben, ist ein Prüfungszeugnis nach Anlage 2 auszustellen.

#### § 15 Niederschrift

Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu erstellen. Diese hat die Namen der Mitglieder der Prüfungskommission und des Prüfungswerbers sowie das Ergebnis der Prüfung zu enthalten und ist von allen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterfertigen.

#### § 16<sup>1)</sup> Prüfungsgebühr

(1) Die vom Prüfungswerber zu bezahlende Prüfungsgebühr beträgt

- |  |             |
|--|-------------|
| a) für Personen mit Hauptwohnsitz im Inland und Unionsbürger sowie Personen, die diesen nach dem Recht der Europäischen Union gleichgestellt sind, | 43,20 Euro, |
| b) für alle übrigen Personen   | 86,40 Euro. |

(2) Die Prüfungsgebühr ist vom Prüfungswerber vor Beginn der Prüfung zu entrichten.

#### § 17<sup>1)</sup> Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission

Den Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) der Prüfungskommission gebührt neben dem Ersatz der notwendigen Fahrtauslagen eine Entschädigung für den Zeitaufwand

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 60/2001, 19/2002, 7/2005

im Betrag von 62,20 Euro je Prüfungstag. Bei einem Zeitaufwand von mehr als vier Stunden je Prüfungstag gebührt eine Entschädigung im Betrag von 124,40 Euro.

#### § 18<sup>1)</sup> Ersatz der Jagdprüfung

Die Jagdprüfung wird ersetzt durch

- a) den erfolgreichen Abschluss der für die jagdliche Ausbildung vorgesehenen Prüfungen an der Universität für Bodenkultur in Wien bei Vorlage eines Nachweises über entsprechende Kenntnisse der praktischen Handhabung der Jagdwaffen oder
- b) den erfolgreichen Abschluss einer höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) oder
- c) den erfolgreichen Abschluss der Forstwarteausbildung an der Forstfachschule in Waidhofen a. d. Ybbs oder
- d) die erfolgreiche Ablegung der Jagdschutzprüfung.

### 3. Unterabschnitt Gebote und Verbote für das Jagen

#### § 19<sup>1)</sup> Gebote bei der Ausübung der Jagd

(1) Mit dem Abschuss des Wildes, für welches im Abschussplan Mindestabschüsse festgelegt sind, ist unmittelbar nach dem Ende der Schonzeit zu beginnen. Wo es die örtliche Wildschadenssituation erfordert, ist die Jagd in zeitlich und örtlich konzentrierten und intensiven Bejagungsphasen (Schwerpunktbejagung) auszuüben.

(2) Vor der Abgabe des Schusses ist das Wild zweifelsfrei anzusprechen. Jungtiere sind vor dem zugehörigen Muttertier zu erlegen.

(3) Verletztes Wild ist unter Zuhilfenahme eines ausgebildeten Jagdhundes unverzüglich mit Sorgfalt und Ausdauer nachzusuchen.

(4) Jagdwaffen und Munition, die zur Jagdausübung verwendet werden, müssen sich in einem einwandfreien und dem Zweck entsprechenden Zustand befinden. Fangeräte sind derart aufzustellen und zu kennzeichnen, dass eine Gefährdung von Menschen und Haustieren möglichst ausgeschlossen ist. Fängisch gestellte Fallen sind mindestens einmal täglich zu kontrollieren.

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

(5) Bei Bewegungsjagden auf Schalenwild dürfen beim Einsatz von Hunden zur Mobilisierung des Wildes nur spurlaut jagende Jagdhunde verwendet werden.

#### § 20<sup>1)</sup>

##### **Verbote bei der Ausübung der Jagd**

Es ist verboten,

- a) Schusswaffen und Munition zu benützen, die für die Jagd auf Wild gewöhnlich nicht bestimmt sind, wie insbesondere Schnellfeuerwaffen, halbautomatische oder automatische Waffen, deren Magazin mehr als zwei Patronen aufnehmen kann, Faustfeuerwaffen mit Ausnahme zur Abgabe des Fangschusses, abschraubbare Stutzen, Luftdruckwaffen, Zimmerstutzen, Waffen mit Schalldämpfern, Armbrüste, sowie Gewehre, deren Aussehen so verändert wurde, dass sie als solche unkenntlich sind;
- b) Fallen, die nicht die sofortige Tötung oder das unversehrte Fangen eines Tieres sicherstellen, jedenfalls aber Fallen, die grundsätzlich oder nach ihren Anwendungsbedingungen nicht selektiv sind, Abtritteisern (Tellereisen), Abzugeisen (z.B. Schwanenhälse), Schlingen, Pfeile, Bolzen und Selbstschusseinrichtungen zu benützen;
- c) Federwild mit Fallen zu bejagen;
- d) mit Patronen, die keine der Stärke des Wildes entsprechende, schnelltötende Wirkung entfalten, auf Wild zu schießen;
- e) mit Schrot auf Schalenwild und Murmeltiere zu schießen, mit Ausnahme bei Such- und Stöberjagden auf Rehwild;
- f) künstliche Lichtquellen, Sprengstoffe, elektrischen Strom, Gifte oder Betäubungs- und Lähmungsmittel beim Jagen zu verwenden;
- g) die Jagd auf Schalenwild, mit Ausnahme von Schwarzwild und auf Federwild, während der Nachtzeit auszuüben. Als Nachtzeit gilt der Zeitraum von eineinhalb Stunden nach Sonnenuntergang bis eineinhalb Stunden vor Sonnenaufgang. Der Abschuss von Kahlwild, Rehgeißen, Schmalgeißen und Rehkitze an der Kirmung im Rahmen einer Anordnung gemäß § 22 sowie in Gebieten, in denen dies die Wildschadenssituation erforderlich macht, kann durch das Jagdschutzorgan auch zur Nachtzeit erfolgen;
- h) Mittel, Einrichtungen oder Methoden zu verwenden, mit denen Tiere wahllos gefangen oder getötet werden können oder die gebietsweise das Verschwinden einer Tierart nach sich ziehen können, wie insbesondere Netze, Leimruten, Haken, elektrische Schläge erteilende Geräte, elektrische und elektronische Vor-

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002

richtungen, die töten oder betäuben können, Spiegel oder sonstige Vorrichtungen zum Blenden, Vorrichtungen zur Beleuchtung der Ziele, Visiervorrichtungen für das Schießen bei Nacht mit Bildumwandler oder elektronischem Bildverstärker, Tonbandgeräte, vergiftete oder betäubende Köder, Begasen oder Ausräuchern, lebende Tiere als Lockmittel, Flugzeuge, fahrende Kraftfahrzeuge sowie Boote mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als 5 km/h.

#### § 20a<sup>1)</sup>

##### **Ausnahmen**

(1) Die Behörde hat Ausnahmen von den Geboten und Verboten bei der Ausübung der Jagd nach den §§ 19 und 20 zu bewilligen, wenn die besonderen Umstände des Einzelfalls dies erfordern und die Grundsätze des § 27 Abs. 1 Jagdgesetz nicht verletzt werden. Die Voraussetzungen für eine solche Ausnahme liegen jedenfalls nur dann vor, wenn es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt und die Populationen der betroffenen Tierart in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotz der Ausnahme ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen können.

(2) Hinsichtlich des Federwildes dürfen Ausnahmen nur aus den in § 27a Abs. 2 lit. a bis e aufgezählten Gründen erteilt werden. Hinsichtlich der anderen Wildarten dürfen Ausnahmen nur aus den in § 27a Abs. 3 lit. a bis e aufgezählten Gründen erteilt werden.

(3) In der Bewilligung von Ausnahmen sind anzugeben,

- a) für welche Wildarten die Ausnahme gilt,
- b) die zugelassenen Fang- oder Tötungsmittel, -einrichtungen und -methoden,
- c) die Art der Risiken und die zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen die Ausnahme zugelassen wird, sowie
- d) die Kontrollmaßnahmen.

(4) Bewilligungen von Ausnahmen sind auf höchstens drei Jahre zu befristen.

#### § 21

##### **Abschuss im Wildwintergatter und an Futterplätzen für Rotwild**

(1) In Wildwintergattern ist nur der Abschuss von Kahlwild und nur durch das Jagdschutzorgan mit Bewilligung oder über Anordnung der Behörde erlaubt.

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002

(2) Während der Fütterungsperiode darf im Umkreis von weniger als 200 m an Futterplätzen für Rotwild nur weibliches Wild und Jungwild und nur vom Jagdschutzorgan erlegt werden.

## § 22 Kirrung

(1) Das Ausbringen von Futtermitteln zur Anlockung von Schalenwild (Kirrung) ist verboten. Die Behörde kann jedoch zum Zwecke der Abschusserfüllung oder Wildlenkung nach Anhörung des Jagdverfügungsberechtigten und des Obmannes der Hegegemeinschaft eine Kirrung anordnen. Eine derartige Anordnung hat nähere Bestimmungen, insbesondere über Ort, Zeitraum, Ausmaß und den Abschuss an der Kirrung zu enthalten.

(2) In Freihaltungen ist die Vorlage von Salz verboten. Im Rahmen der Anordnung einer Kirrung (Abs. 1) kann die Behörde Ausnahmen bewilligen.

## § 23 Örtliche Beschränkungen

In Friedhöfen, allgemein zugänglichen Parkanlagen sowie auf Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen darf die Jagd nicht ausgeübt werden.

## § 23a<sup>1)</sup> Sachliche Beschränkungen

Für Luchse, Wölfe, Bären, Wildkatzen und Fischotter dürfen keine Hegeabschüsse (§ 40 Abs. 1 des Jagdgesetzes) zugelassen und keine Abschussaufträge (§ 41 Abs. 2 lit. a in Verbindung mit § 41 Abs. 3 des Jagdgesetzes) erteilt werden.

## 5. Abschnitt<sup>2)</sup> Kennzeichnung der Wildruhezonen und der Sperrgebiete

### § 24

(1) Für die Kennzeichnung der Wildruhezonen und der Sperrgebiete sind die in der Anlage 3 dargestellten Hinweistafeln mit einem Durchmesser von 40 cm zu verwenden.

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 7/2005

<sup>2)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

(2) Der Beginn und das Ende der Wildruhe bzw. der Sperrzeit sind auf einer unterhalb der Hinweistafel anzubringenden rechteckigen Zusatztafel (20 cm x 30 cm) anzuführen. Weiters ist auf der Zusatztafel darauf hinzuweisen, dass das Betretungsverbot nicht für Berechtigte nach § 33 Abs. 4 des Jagdgesetzes gilt. Die Behörde kann darüber hinaus die Anbringung einer Skizze der Abgrenzung der Wildruhezone bzw. des Sperrgebietes auf der Zusatztafel anordnen.

(3) Die Hinweistafeln samt Zusatztafeln sind in solcher Anzahl und an solchen Orten im Gelände, insbesondere neben Straßen, Wanderwegen, Schiabfahrten und Loipen aufzustellen, dass die Abgrenzung der Wildruhezone bzw. des Sperrgebietes gut erkennbar ist.

## 6. Abschnitt Jagdwirtschaft

### 1. Unterabschnitt Wildbehandlungszonen für das Rotwild

#### § 25<sup>1)</sup> Einteilung

(1) Entsprechend der unterschiedlichen Eignung der einzelnen Teile des Landes als Lebensraum des Rotwildes werden als Wildbehandlungszonen Freizonen, Randzonen und Kernzonen festgelegt.

(2) Die örtliche Abgrenzung der Wildbehandlungszonen (Freizonen, Randzonen, Kernzonen) ist in der planlichen Darstellung des Amtes der Landesregierung im Maßstab 1:100.000 vom 22.02.2002, Zl. Va-201/2002,<sup>2)</sup> festgelegt.

### 2. Unterabschnitt Schonzeiten

#### § 26<sup>3)</sup> Ganzjährige Schonung

Während des ganzen Jahres sind zu schonen:

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002

<sup>2)</sup> Die planliche Darstellung liegt beim Amt der Landesregierung, bei den Bezirkshauptmannschaften, den Gemeindeämtern und der Landwirtschaftskammer während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

<sup>3)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002, 7/2005, 72/2007



- a) Hirsche der Klasse IIa;
- b) Hermeline, kleine Wiesel, Baum- oder Edelmarder, Iltisse, Fischotter, Wildkatzen, Luchse, Wölfe und Bären;
- c) Auer- und Birkwild, Hasel- und Steinhühner, Rebhühner, Wachteln, Wildtauben mit Ausnahme der Ringel- und Türkentauben, Wacholderdrosseln, Schnepfen mit Ausnahme der Waldschnepfen, Taggreifvögel, Eulen, Rabenvögel, Schwäne mit Ausnahme der Höckerschwäne, Wildgänse, Wildenten mit Ausnahme der Stock-, Krick-, Tafel- und Reiherenten; Säger, Brachvögel, Reiher, Rohrdommeln, Störche, Regenpfeifer, Rallen mit Ausnahme der Blässhühner, Taucher, Möwen mit Ausnahme der Lachmöwen, alle anderen Sumpf- und Wasservögel.

§ 27<sup>1)</sup>**Schuss- und Schonzeit**

(1) Während der nachstehend angeführten Zeiträume, Anfangs- und Endtage eingeschlossen, dürfen bejagt werden:

- |   |                 |
|---|-----------------|
| a) Hirsche der Klasse I und IIb                         | 16.8. – 15.11.  |
| Hirsche der Klasse III                                  | 16.8. – 30.11.  |
| Schmaltiere, nichtführende Tiere und Schmalspießer      | 1.6. – 31.12.   |
| führende Tiere und Kälber                               | 1.7. – 31.12.   |
| mehrfährige Rehböcke                                    | 1.6. – 15.10.   |
| Schmalgeißen, Bockjährlinge und nichtführende Rehgeißen | 1.5. – 31.12.   |
| führende Rehgeißen und Kitze                            | 16.8. – 31.12.  |
| Gamsböcke, Gamsgeißen und Gamskitze                     | 1.8. – 31.12.   |
| Steinböcke, Steingeißen und Steinkitze                  | 1.8. – 15.12.   |
| b) Murmeltiere  | 16.08. – 30.09. |
| Feld- und Schneehasen                                   | 1.10. – 15.01.  |
| Jungfüchse  | 1.05. – 28.02.  |
| Dachse und Füchse                                       | 1.07. – 28.02.  |
| Haus- oder Steinmarder                                  | 1.09. – 28.02.  |
| Schwarzwild, Bisamratten, Marderhunde und Waschbären    | 1.04. – 31.03.  |
| c) Schneehühner   | 1.10. – 31.12.  |
| Fasane  | 21.09. – 31.01. |
| Ringeltauben  | 1.09. – 31.01.  |
| Türkentauben  | 21.10. – 31.01. |
| Waldschnepfen   | 11.09. – 31.01. |

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002, 7/2005, 72/2007, 55/2008

Stock-, Krick-, Tafel- und Reiherenten	1.09. – 31.01.
Blässhühner	21.09. – 31.01.
Lachmöwen	1.09. – 31.12.
Höckerschwäne	1.09. – 30.09.

(2) Soweit in Verordnungen über Naturschutzgebiete Einschränkungen der Ausübung der Jagd verfügt werden, bleiben diese von den Bestimmungen des Abs. 1 unberührt.

(3) In den Randzonen (§ 35 Abs. 1 und 2 des Jagdgesetzes) gelten für die nachstehend angeführten Rotwildklassen abweichend vom Abs. 1 folgende Schusszeiten:

- |                                  |               |
|----------------------------------|---------------|
| a) Tiere und Kälber              | 16.6. – 15.1. |
| b) Schmaltiere und Schmalspießer | 16.5. – 15.1. |

c) Hirsche der Klassen I und IIb können für den gesamten Randzonenbereich einer Wildregion oder mehrerer benachbarter Wildregionen desselben Rotwildraumes im Zeitraum vom 16.8. bis zum 30.11. zum Abschuss freigegeben werden (Regionshirsche). Dabei darf höchstens ein Hirsch pro 4.000 ha Randzonenfläche und Jahr als Höchstabschuss festgelegt werden. Ist die Randzonenfläche in einer Wildregion kleiner als 4.000 ha, so sind die einzelnen Abschüsse bis zum Erreichen des vorhin genannten Höchstabschusses jährlich aussetzend festzulegen.

§ 27a<sup>1)</sup>**Ausnahmen**

(1) Wenn es die in einem Jagdjahr auftretenden besonderen Verhältnisse erfordern, hat die Behörde für den Verwaltungsbezirk oder für Teile desselben von den §§ 26 und 27 abweichende Schonzeiten festzusetzen.

(2) Hinsichtlich des Federwildes können von den §§ 26 und 27 abweichende Schonzeiten nur aus nachstehenden Gründen zugelassen werden, sofern es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt:

- a) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit,
- b) im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt,
- c) zur Abwendung erheblicher Schäden an Kulturen, Viehbeständen, Wäldern, Fischereigeieten und Gewässern,
- d) zum Schutz der Pflanzen- und Tierwelt,
- e) zu Forschungs- und Unterrichtszwecken, zur Aufstockung der Bestände, zur Wiederansiedlung und zur Aufzucht im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen,

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002, 72/2007

- f) um unter streng überwachten Bedingungen selektiv den Fang, die Haltung oder jede andere vernünftige Nutzung bestimmter Federwildarten in geringen Mengen zu ermöglichen.

(3) Hinsichtlich des Haarwildes, ausgenommen Schalenwild, können von den §§ 26 und 27 abweichende Schonzeiten nur dann zugelassen werden, wenn es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt, die Populationen der betroffenen Wildart in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotzdem ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen können und die Einschränkung folgenden Zwecken dient:

- a) zum Schutz der wild lebenden Tiere und Pflanzen und zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume,
- b) zur Verhütung ernster Schäden insbesondere an Kulturen und in der Tierhaltung sowie an Wäldern, Fischgründen und Gewässern sowie an sonstigen Formen von Eigentum,
- c) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt,
- d) zu Zwecken der Forschung und des Unterrichts, der Bestandsauffüllung und Wiederansiedlung und der für diese Zwecke erforderlichen Aufzucht, einschließlich der künstlichen Vermehrung von Pflanzen,
- e) um unter strenger Kontrolle, selektiv und in beschränktem Ausmaß die Entnahme oder Haltung einer begrenzten und von den zuständigen einzelstaatlichen Behörden spezifizierten Anzahl von Exemplaren bestimmter Tierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie zu erlauben.

(4) Bei der Zulassung von Ausnahmen nach Abs. 2 und 3 sind anzugeben,

- a) die für das Töten und Fangen zugelassenen Mittel, Methoden und Einrichtungen, wobei die in Artikel 15 der Richtlinie des Rates zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen, die in Artikel 8 der Richtlinie des Rates über die Erhaltung der wild lebenden Vogelarten sowie die in Artikel 8 des Übereinkommens über die Erhaltung der europäischen wild lebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume beschriebenen Mittel, Methoden und Einrichtungen nicht zugelassen werden dürfen,
- b) die Art der Risiken und die zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen diese Ausnahmen zugelassen werden,
- c) die Kontrollmaßnahmen.

(5) Ausnahmen nach Abs. 2 und 3 sind auf höchstens drei Jahre zu befristen.

### 3. Unterabschnitt Abschussplanung, Abschusskontrolle

#### § 28 Rotwildräume

Entsprechend den natürlichen und künstlichen Begrenzungen der Lebensräume der einzelnen im Lande vorkommenden Rotwildpopulationen werden folgende Rotwildräume festgelegt:

- a) Rotwildraum 1: Leiblachtal–Bregenzerwald–Walsertäler
- b) Rotwildraum 2: Lech–Klostertal–Silbortal
- c) Rotwildraum 3: Montafon
- d) Rotwildraum 4: Brandnertal–Gamperdonatal–Saminatal

#### § 29<sup>1)</sup> Wildregionen

(1) Die in § 28 festgelegten Rotwildräume werden in folgende Wildregionen unterteilt:

- a) Rotwildraum 1 (Leiblachtal–Bregenzerwald–Walsertäler):  
Wildregion 1.1 (Großes Walsertal)  
Wildregion 1.2 (Frödischtal–Laternsertal–Dünserberg)  
Wildregion 1.3a (Ebnitertal)  
Wildregion 1.3b (Mellental)  
Wildregion 1.4 (Hintere Bregenzerach)  
Wildregion 1.5a (Bolgenach–Subersach)  
Wildregion 1.5b (Bezau–Schönenbach)  
Wildregion 1.6 (Kleinwalsertal)  
Wildregion 1.7 (Warth)  
Wildregion 1.8 (Leiblachtal–Vordere Bregenzerach)
- b) Rotwildraum 2 (Lech–Klostertal–Silbortal):  
Wildregion 2.1 (Bartholomäberg–Silbortal)  
Wildregion 2.2 (Klostertal)  
Wildregion 2.3 (Lech)
- c) Rotwildraum 3 (Montafon):  
Wildregion 3.1 (Garneratal–Vermunt–Valschavieltal)  
Wildregion 3.2 (Gargelltal–Vermieltal–Netza)

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBI.Nr. 7/2005

- Wildregion 3.3 (Rellstal–Gauertal–Gampadelstal)  
 d) Rotwildraum 4 (Brandnertal–Gamperdonatal–Saminatal):  
 Wildregion 4.1 (Brandnertal)  
 Wildregion 4.2 (Gamperdonatal)  
 Wildregion 4.3 (Saminatal)  
 (2) Der Bereich des Rheintals, der zu keinem Rotwildraum gehört, wird in folgende Wildregionen unterteilt:  
 Wildregion 5.1 (Bregenz)  
 Wildregion 5.2 (Dornbirn)  
 Wildregion 5.3 (Feldkirch)

§ 30<sup>1)</sup>**Abgrenzung der Rotwildräume und Wildregionen**

Die örtliche Abgrenzung der Rotwildräume und Wildregionen ist in der planlichen Darstellung des Amtes der Landesregierung im Maßstab 1:100.000 vom 22.02.2002, Zl. Va-201/2002,<sup>2)</sup> in der Fassung vom 1.12.2004, Zl. Va-2010, festgelegt.

§ 31<sup>3)</sup>**Abschussplan**

(1) Der Abschuss von Rot-, Reh-, Gams- und Steinwild sowie von Murmeltieren hat, abgesehen von den im Jagdgesetz besonders geregelten Fällen, im Rahmen eines Abschussplanes zu erfolgen.

(2) Im Rahmen der Abschussplanung sind folgende Altersklassen zu unterscheiden. Die Altersangaben beziehen sich dabei jeweils auf das vollendete Lebensjahr, jedoch vollzieht sich der Übergang in den nächsthöheren Jahrgang einheitlich am 1. April jeden Jahres.

- a) beim Rotwild:  
 Kälber von der Geburt bis zum 1. April des Folgejahres

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002, 7/2005

<sup>2)</sup> Die planliche Darstellung liegt beim Amt der Landesregierung, bei den Bezirkshauptmannschaften, den Gemeindeämtern und der Landwirtschaftskammer während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

<sup>3)</sup> Fassung LGBl.Nr. 19/2002, 7/2005, 72/2007

- |  |  |
|--|--|
| Schmaltiere und Schmalspießer<br>Tiere | Einjährige<br>Zweijährige und Ältere   |
| Hirsche der Jugendklasse (III)         | Ein- bis Vierjährige   |
| Hirsche der Mittelklasse (II)          | Fünf- bis Neunjährige, wobei in die Klassen IIa und IIb unterschieden wird. Hirsche der Klasse IIa sind Hirsche, die ein Geweih mit beidseitiger Krone <sup>3)</sup> tragen. |
| Hirsche der Ernteklasse (I)            | Zehnjährige und Ältere   |
| b) beim Rehwild:<br>Kitze              | von der Geburt bis zum 1. April des Folgejahres  |
| Schmalgeißen und Bockjährlinge         | Einjährige   |
| Geißen und mehrjährige Böcke           | Zweijährige und Ältere   |
| c) beim Gamswild:<br>Kitze             | von der Geburt bis zum 1. April des Folgejahres  |
| Geißjährlinge                          | einjährige Geißen  |
| Geißen der Jugendklasse (III)          | Ein- bis Dreijährige   |
| Geißen der Mittelklasse (II)           | Vier- bis Elfjährige   |
| Geißen der Ernteklasse (I)             | Zwölfjährige und Ältere  |
| Bockjährlinge                          | einjährige Böcke   |
| Böcke der Jugendklasse (III)           | Ein- bis Dreijährige   |
| Böcke der Mittelklasse (II)            | Vier- bis Siebenjährige  |
| Böcke der Ernteklasse (I)              | Achtjährige und Ältere   |
| d) beim Steinwild:<br>Kitze            | von der Geburt bis zum 1. April des Folgejahres  |
| Geißjährlinge                          | einjährige Geißen  |
| Geißen der Jugendklasse (III)          | Ein- bis Vierjährige   |
| Geißen der Mittelklasse (II)           | Fünf- bis Zehnjährige  |
| Geißen der Ernteklasse (I)             | Elfjährige und Ältere  |
| Bockjährlinge                          | einjährige Böcke   |
| Böcke der Jugendklasse (III)           | Ein- bis Fünfjährige, wobei zwischen Böcken der unteren Jugendklasse und Böcken  |

<sup>3)</sup> Als Krone gilt jede Anordnung von wenigstens drei Enden über dem Mittelende, wobei jedes Ende mindestens 5 cm aufweisen muss. Abgebrochene Enden sind als Enden zu werten.

der oberen Jugendklasse unterschieden wird. Böcke der unteren Jugendklasse sind Ein- bis Dreijährige, Böcke der oberen Jugendklasse sind Vier- und Fünfjährige.

Böcke der Mittelklasse (II)

Sechs- bis Zehnjährige, wobei zwischen Böcken der unteren Mittelklasse und Böcken der oberen Mittelklasse unterschieden wird. Böcke der unteren Mittelklasse sind Sechs- und Siebenjährige, Böcke der oberen Mittelklasse sind Acht- bis Zehnjährige.

Böcke der Ernteklasse (I)

Elfjährige und Ältere.

#### § 32<sup>1)</sup>

##### **Abschusskontrolle**

(1) Für die Abschussliste (§ 42 Abs. 1 des Jagdgesetzes), die Abschussmeldung und das Tagebuch des Kontrollorganes (§ 42 Abs. 2 des Jagdgesetzes) sind die in den Anlagen 4, 5 und 6 dargestellten Vordrucke zu verwenden.

(2) Der Bürgermeister hat Namen und Adresse der von ihm bestellten Kontrollorgane unverzüglich der zuständigen Bezirkshauptmannschaft, der Vorarlberger Jägerschaft, der Landwirtschaftskammer sowie den Jagdverfügungsberechtigten, den Jagdnutzungsberechtigten und den Jagdschutzorganen der in der Gemeinde gelegenen Jagdgebiete schriftlich mitzuteilen. Außerdem sind Namen und Adresse der Kontrollorgane durch Anschlag an der Amtstafel der Gemeinde kundzumachen.

(3) Das dem Kontrollorgan vorgezeigte Schalenwild ist von diesem durch eine am Rand des linken Lauschers einzuschneidende dreieckige Kerbe mit einer Kantenlänge von etwa 1 cm bis 2 cm zu kennzeichnen.

(4) Die vorgelegten Beweisstücke sind dauerhaft zu kennzeichnen.

#### **4. Unterabschnitt Wildfütterung**

#### § 33

##### **Standort der Futterplätze**

(1) Futterplätze müssen eine für die sachgerechte Fütterung geeignete Anlage aufweisen.

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

(2) Futterplätze dürfen in verbissgefährdeten Jungwaldbeständen, die dem Äser des Wildes noch nicht entwachsen sind, sowie in besonders schälgefährdeten Waldbeständen wie Dickungen oder Stangenhölzern nicht angelegt werden.

(3) Bei der Auswahl der Futterplätze ist unter Berücksichtigung der vom Wild bevorzugten Einstände darauf zu achten, dass das Wild am Futterplatz möglichst wenig beunruhigt wird und günstige Klima- und Geländeverhältnisse vorliegen. Insbesondere ist auf vorhandene Grünäsung nach der Ausaperung, Fließgewässer und Ruheplätze für das Wild in möglicher Nähe des Futterplatzes zu achten.

(4) Der Futterplatz ist so anzulegen, dass eine regelmäßige und sachgerechte Betreuung sichergestellt werden kann. Bei der Festlegung der Futterplätze ist auf Nachbarfütterungen entsprechend Bedacht zu nehmen.

#### § 34

##### **Auflassung oder Verlegung von Futterplätzen**

Durch die Auflassung oder Verlegung von Fütterungen dürfen keine untragbaren Wildschäden hervorgerufen werden. Es sind daher die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, die derartige Schäden verhindern. Untersagt die Behörde eine bisher durchgeführte Fütterung, so hat sie gleichzeitig die zur Vermeidung von untragbaren Schäden erforderlichen Maßnahmen anzuordnen.

#### § 35

##### **Fütterung des Rotwildes**

(1) Die Fütterung hat mit Wintereinbruch einzusetzen. Vor dem 15. Oktober darf nur mit Genehmigung der Behörde mit der Fütterung begonnen werden.

(2) Während der Fütterungsperiode darf die Fütterung nicht unterbrochen werden. Nach der Schneeschmelze ist die Fütterung so lange weiterzuführen, bis sich das Wild aufgrund des natürlichen Äsungsangebotes selbst von der Fütterung löst. Jedenfalls ist die Fütterung bis etwa drei Wochen nach dem Vegetationsbeginn im Frühjahr weiterzuführen.

(3) Die Fütterung ist täglich zu betreiben. Ist eine tägliche Betreuung z.B. wegen Lawinengefahr nicht möglich, so ist durch entsprechende Vorkehrungen sicherzustellen, dass es zu keiner Unterbrechung der Futtervorlage bzw. eines ausreichenden Futterangebotes kommt. Kann die tägliche Betreuung nicht sichergestellt werden, ist die Fütterung von Saftfutter verboten.

(4) Die Gesamtheit des vorgelegten Futters muss eine qualitativ einwandfreie, wiederkäuergerechte und während der Fütterungsperiode gleichbleibende Zusammensetzung mit einer entsprechend groben Struktur und einem Rohfaseranteil von

mindestens 20 v.H. aufweisen, wobei Kraftfuttermittel über einen Rohfaseranteil von wenigstens 15 v.H. verfügen müssen. Mehliges Futtermittel sind sowohl in gepresster als auch in ungespresster Form verboten.

(5) Innerhalb einer Wildregion (Hegegemeinschaft) sind die Fütterungen nach Beschickungszeitraum, Art und Zusammensetzung des vorgelegten Futters aufeinander abzustimmen. Bei Wildwechsel über die Regionsgrenzen ist diesbezüglich auch auf die Fütterung in den benachbarten Wildregionen Bedacht zu nehmen.

### § 36

#### **Fütterung des Rehwildes**

(1) Die Fütterung des Rehwildes ist im Interesse einer möglichst zweckmäßigen Rotwildbewirtschaftung auf diese abzustimmen.

(2) Wird eine Rehwildfütterung durchgeführt, so darf es zu keiner Unterbrechung der Futtervorlage kommen. Die Gesamtheit des vorgelegten Futters muss eine qualitativ einwandfreie, wiederkäuergerechte und während der Fütterungsperiode gleich bleibende Zusammensetzung mit einer entsprechend groben Struktur und einem Rohfaseranteil von mindestens 20 v.H. aufweisen, wobei Kraftfuttermittel über einen Rohfaseranteil von wenigstens 15 v.H. verfügen müssen. Mehliges Futtermittel sind sowohl in gepresster als auch in ungespresster Form verboten.

(3) Rehwildfütterungen sind in Gebieten mit Rotwildvorkommen rotwildsicher einzuzäunen.

#### **5. Unterabschnitt Vergleichsflächen**

### § 37

(1) Vergleichsflächen sind in der zur Beurteilung waldgefährdender Wildschäden erforderlichen Anzahl zu errichten und zu erhalten. Pro angefangene 50 ha Waldfläche ist im Jagdgebiet mindestens eine eingezäunte Vergleichsfläche an verjüngungsfähigen Standorten bzw. an Standorten mit beginnender Waldverjüngung zu errichten. Die eingezäunte Vergleichsfläche hat ein Ausmaß von 6 m x 6 m aufzuweisen und ist derart einzuzäunen, dass das Eindringen von Schalenwild verlässlich verhindert wird.

(2) In der Nähe der eingezäunten Vergleichsfläche ist eine im Hinblick auf Bodenaufbau, Hangneigung, Hangrichtung sowie Belichtungs- und Vegetationsverhältnisse vergleichbare und gleich große Fläche zu markieren (markierte Vergleichsfläche).

(3) In Gebieten, in denen die Waldweide ausgeübt wird, ist eine zusätzliche, in der Nähe der Vergleichsfläche gelegene Fläche im Ausmaß von 6 m x 6 m derart einzuzäunen, dass das Eindringen von Weidevieh verlässlich verhindert wird. Nach der Weidesaison ist diese Einzäunung abzulegen.

(4) Die Vergleichsflächen sind vom Jagdschutzorgan und vom Waldaufseher regelmäßig zu beobachten. Ihre Beobachtungen haben sie in einem Protokoll festzuhalten und hierüber im Rahmen ihres Aufgabenbereiches (Dienstpflichten) zu berichten.

#### **6. Unterabschnitt<sup>1)</sup>**

#### **Einfangen und lebend in Verkehr bringen von Wild**

### § 37a<sup>2)</sup>

(1) Wild einzufangen und lebend in Verkehr zu bringen, ist dem Jagdnutzungsberechtigten nur mit Bewilligung der Behörde gestattet. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn es keine andere zufrieden stellende Lösung gibt, die Populationen der betroffenen Tierart in ihrem natürlichen Verbreitungsgebiet trotzdem ohne Beeinträchtigung in einem günstigen Erhaltungszustand verweilen können und die eingefangenen Tiere nachweislich für Tiergärten, Wildparks oder dgl., für wissenschaftliche Zwecke oder zur Aufstockung der Bestände oder zur Wiederansiedlung in anderen Gebieten bestimmt sind.

(2) In der Bewilligung nach Abs. 1 sind anzugeben,

- a) für welche Wildarten die Bewilligung gilt,
- b) die Anzahl der einzufangenden Tiere,
- c) die zugelassenen Fangmittel, -einrichtungen und -methoden,
- d) der mit dem Einfangen verfolgte Zweck sowie die zeitlichen und örtlichen Umstände, unter denen das Einfangen und das Inverkehrbringen zugelassen wird,
- e) die Kontrollmaßnahmen sowie
- f) die Befristung der Bewilligung.

<sup>1)</sup> Fassung LGBI.Nr. 19/2002, 7/2005

<sup>2)</sup> Fassung LGBI.Nr. 7/2005

## 7. Abschnitt Jagdschutzdienst

### 1. Unterabschnitt Ausbildung von Jagdschutzorganen

§ 38<sup>1)</sup>

#### Zulassung von Jagdbetrieben zur Ausbildung von Jagdschutzorganen

(1) Die Zulassung eines Jagdbetriebes für die Ausbildung von Jagdschutzorganen ist vom Jagdnutzungsberechtigten bei der Behörde zu beantragen.

(2) Ein Jagdbetrieb darf von der Behörde für die Ausbildung von Jagdschutzorganen nach Anhörung der Vorarlberger Jägerschaft und des Verbandes der Vorarlberger Jagdschutzorgane nur zugelassen werden, wenn

- a) das bestellte Jagdschutzorgan über die für die Ausbildung erforderliche Zuverlässigkeit und fachlichen Kenntnisse verfügt,
- b) der Jagdbetrieb eine Mindestgröße von 500 ha aufweist und im Abschussplan regelmäßig der Mindestabschuss von wenigstens zehn Stück Schalenwild festgelegt ist,
- c) das Jagdgebiet eine gewisse Mindestausstattung mit Waldflächen aufweist und über Jagdeinrichtungen (z.B. eine Wildfütterung) verfügt und
- d) ein ausgebildeter Jagdhund dauernd gehalten wird.

In einem Jagdbetrieb darf gleichzeitig nur ein Ausbildungsjäger ausgebildet werden. Ausgenommen davon sind Jagdbetriebe, für die mindestens ein vollbeschäftigtes Jagdschutzorgan (Berufsjäger) bestellt ist. In solchen Jagdbetrieben dürfen gleichzeitig bis zu zwei Ausbildungsjäger ausgebildet werden.

§ 39<sup>1)</sup>

#### Ausbildungsjahre

(1) Die Ausbildungsjahre sind unter Anleitung eines durch mindestens fünf Jahre im Jagdschutzdienst vollbeschäftigten Jagdschutzorganes abzuleisten. Für die Ableistung der Ausbildungsjahre unter Anleitung eines nebenberuflichen Jagdschutzorganes ist überdies die Zustimmung der Behörde erforderlich.

(2) Weist der zur Ausbildung zugelassene Jagdbetrieb nur eine Schalenwildart auf, so ist mindestens ein Zeitraum von vier Monaten der Ausbildungsjahre in einem

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

zugelassenen Jagdbetrieb abzuleisten, in welchem mindestens eine weitere der im Lande heimischen Schalenwildarten vorkommt. Jedenfalls ist ein halbes Jahr im Zeitraum vom 1.7. bis 31.12. in einem zugelassenen Jagdbetrieb abzuleisten, für welchen regelmäßige Rotwildabschüsse im Abschussplan festgelegt sind.

(3) Dem Ausbildungsjäger ist ausreichend Gelegenheit zu geben, sich die für die Tätigkeit als Jagdschutzorgan notwendigen praktischen Kenntnisse anzueignen. Der Ausbildungsjäger muss die Jagdkarte (§ 24 Abs. 2 des Jagdgesetzes) besitzen und mindestens einen Tag in der Woche im zugelassenen Jagdbetrieb tätig sein. Zum Nachweis dieser Tätigkeit hat er ein Tagebuch zu führen. Der Ausbildungsjäger hat das Tagebuch dem ausbildenden Jagdschutzorgan monatlich zur Einsichtnahme vorzulegen, wobei von diesem die Anwesenheit des Ausbildungsjägers im Jagdbetrieb und die Einsichtnahme in das Tagebuch unterschriftlich zu bestätigen sind.

(4) Die Ableistung der Ausbildungsjahre ist durch den Jagdnutzungsberechtigten der Behörde schriftlich unter Vorlage der Anmeldung des Ausbildungsjägers beim Versicherungsträger anzuzeigen. Die Ausbildungszeit beginnt frühestens mit dem Tag, an dem die vollständige Anzeige über die Ableistung der Ausbildungsjahre bei der Behörde einlangt.

(5) Über die Ableistung der Ausbildungsjahre haben der Jagdnutzungsberechtigte und das ausbildende Jagdschutzorgan ein schriftliches Zeugnis auszustellen. Wird die Ausstellung des Zeugnisses ohne Grund verweigert, kann es durch eine Bestätigung der Behörde ersetzt werden.

## 2. Unterabschnitt Jagdschutzprüfung

§ 40<sup>1)</sup>

#### Ausschreibung der Prüfungstermine

Das Amt der Landesregierung hat jährlich einen, bei Bedarf zwei Prüfungstermine spätestens einen Monat vorher im Amtsblatt für das Land Vorarlberg, in mindestens einer Vorarlberger Tageszeitung sowie im Mitteilungsblatt der Vorarlberger Jägerschaft auszuschreiben. In der Ausschreibung sind Ort und Zeit der Prüfung sowie die Frist und die für die Einbringung des Antrages auf Zulassung zur Prüfung erforderlichen Unterlagen anzuführen.

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

§ 41<sup>1)</sup>**Zulassung zur Prüfung**

Die Zulassung zur Prüfung ist im Wege jener Bezirkshauptmannschaft, in deren Sprengel die Ausbildungsjahre bzw. der überwiegende Teil der Ausbildungsjahre abgeleistet wurden, beim Amt der Landesregierung schriftlich zu beantragen. Dem Antrag sind die für die Zulassung zur Prüfung erforderlichen Unterlagen, insbesondere der Staatsbürgerschaftsnachweis, das Zeugnis über die abgeleiteten Ausbildungsjahre und das Tagebuch über die Ausbildungsjahre anzuschließen. Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet die Landesregierung.

## § 42

**Prüfungsstoff**

- (1) Der Prüfungsstoff umfasst die für den Jagdschutzdienst erforderlichen Kenntnisse
- a) der jagdrechtlichen Vorschriften, insbesondere über den Inhalt und die Ausübung sowie die Grundsätze für die Ausübung des Jagdrechts, Jagdgebiete, Jagdnutzung, Gebote und Verbote für das Jagen, Rücksichtnahme- und Duldungspflichten im Interesse der Jagd, Regulierung des Wildbestandes, Wildhege und Jagdbetrieb, Überprüfung der Jagdwirtschaft, Jagdschutzdienst und Jagdaufsicht;
  - b) der natur- und landschaftsschutzrechtlichen Vorschriften, der Grundbegriffe des Forst-, Sozial- und Arbeitsrechtes sowie der Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Waffengesetzes, soweit sie für den Dienst als Jagdschutzorgan von Bedeutung sind;
  - c) der Wildkunde und Wildökologie, insbesondere der Wildarten, deren Vorkommen und biologische Eigenarten, der Ansprüche des Wildes an den Lebensraum, der Auswirkungen der Jagdwirtschaft auf das Wild und seinen Lebensraum, der wildökologischen Regionalplanung, der Wildfütterung, des tragbaren Wildstandes, der Wildkrankheiten und -seuchen und deren Bekämpfung;
  - d) der waldökologischen und forstwirtschaftlichen Grundbegriffe, der Ursachen, des Erkennens und der Verhütung von Wildschäden, der Wechselwirkungen zwischen Land-, Forst- und Jagdwirtschaft sowie der Maßnahmen zur Verbesserung der natürlichen Einstands- und Äsungsverhältnisse;
  - e) der Grundsätze der Weidgerechtigkeit, des Tierschutzes, des jagdlichen Brauchtums und der Jagdhundehaltung und -führung;
  - f) der gebräuchlichen Faustfeuerwaffen und Jagdwaffen, der Jagdmunition und

---

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

Fanggeräte sowie deren Handhabung einschließlich der notwendigen Vorsichtsmaßnahmen und der Erste-Hilfe-Leistung bei Jagdunfällen.

(2) Die Aufteilung des Prüfungsstoffes auf die Mitglieder der Prüfungskommission nach Sachgebieten sowie nach der für das einzelne Mitglied zur Verfügung stehenden Prüfungszeit obliegt dem Vorsitzenden.

## § 43

**Durchführung der Prüfung**

(1) Die Prüfung wird vom Vorsitzenden geleitet und besteht aus einem theoretischen (schriftlichen und mündlichen) und einem praktischen Teil.

(2) Der praktische Teil der Prüfung umfasst die Beurteilung des Waldzustandes, insbesondere im Hinblick auf die Naturverjüngung, die Verjüngungsschäden, die Biotoptragfähigkeit und die Waldwirtschaft, sowie die Anwendung der Kenntnisse der Wildkunde und Wildökologie im Wald. Die praktische Prüfung ist vor den mit der Abnahme dieses Prüfungsteiles vom Vorsitzenden beauftragten Mitgliedern der Prüfungskommission in einem geeigneten Waldgebiet abzulegen und darf je Prüfungswerber längstens zwei Stunden dauern.

(3) Die schriftliche Prüfung soll längstens drei Stunden dauern. Dem Prüfungswerber sind von jedem Mitglied der Prüfungskommission aus dem ihm vom Vorsitzenden zugewiesenen Prüfungsstoff Aufgaben zu stellen, die in der zur Verfügung stehenden Zeit gelöst werden können. Den Prüfungswerbern ist es verboten, sich bei der Ausarbeitung der Prüfungsaufgaben gegenseitig zu unterstützen. Bei Zuwiderhandlungen kann der Vorsitzende den betreffenden Prüfungswerber von der Prüfung ausschließen. In diesem Falle gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(4) Die mündliche Prüfung ist kommissionell durchzuführen und darf je Prüfungswerber längstens zwei Stunden dauern. Die mündliche Prüfung ist öffentlich, wobei der Vorsitzende Zuhörer, die den Ablauf der Prüfung trotz Ermahnung stören, ausschließen kann.

(5) Der Vorsitzende kann einen Prüfungswerber von der Prüfung ausschließen, wenn er den Ablauf der Prüfung durch ungestümes Benehmen oder durch Verletzung des Anstandes trotz Ermahnung stört. In diesem Falle gilt die Prüfung als nicht bestanden.

## § 44

**Prüfungsergebnis und Prüfungszeugnis**

(1) Die Mitglieder der Prüfungskommission haben das aus dem theoretischen und praktischen Teil der Prüfung zusammengefasste Ergebnis aus ihrem Sachgebiet mit „sehr gut“, „gut“, „befriedigend“, „genügend“ oder „nicht genügend“ zu benoten.

(2) Die Prüfung gilt als bestanden, wenn von keinem Mitglied der Prüfungskommission das Prüfungsergebnis mit „nicht genügend“ bewertet wird. Gilt die Prüfung als bestanden, so ist aus den Einzelnoten (Abs. 1) eine Gesamtnote zu bilden. Die Beratung über das Prüfungsergebnis ist nicht öffentlich.

(3) Dem Prüfungswerber ist vom Vorsitzenden bekannt zu geben, ob er die Prüfung bestanden hat oder nicht. Im Falle der bestandenen Prüfung ist ihm nur die Gesamtnote bekannt zu geben. Bei nicht bestandener Prüfung ist der Prüfungswerber über die Möglichkeit zur Wiederholung der Prüfung zu belehren. Sofern die Prüfung nur in einem Sachgebiet nicht bestanden wurde, hat sich die Wiederholungsprüfung lediglich auf dieses Sachgebiet zu beschränken. Sonst ist die gesamte Prüfung zu wiederholen. Die erste Wiederholungsprüfung in einem einzelnen Sachgebiet kann frühestens nach einem Monat, die erste Wiederholung der gesamten Prüfung frühestens nach drei Monaten erfolgen. Der Prüfungswerber kann höchstens zweimal zu Wiederholungsprüfungen antreten, wobei zwischen der ersten und zweiten Wiederholungsprüfung eine Wartezeit von mindestens einem Jahr einzuhalten ist.

(4) Prüfungswerbern, die die Prüfung bestanden haben, ist ein Prüfungszeugnis nach Anlage 7 auszustellen.

#### § 45

##### **Niederschrift**

Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu erstellen. Diese hat die Namen der Mitglieder der Prüfungskommission und des Prüfungswerbers, das Prüfungsergebnis in den einzelnen Prüfungsgegenständen sowie die Gesamtnote zu enthalten und ist von allen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterfertigen.

#### § 46<sup>1)</sup>

##### **Prüfungsgebühr**

Der Prüfungswerber hat vor Beginn der schriftlichen Prüfung eine Prüfungsgebühr im Betrag von 51,90 Euro zu entrichten.

#### § 47<sup>1)</sup>

##### **Entschädigung der Mitglieder der Prüfungskommission**

Den Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) der Prüfungskommission gebührt neben dem Ersatz der notwendigen Fahrtauslagen eine Entschädigung für den Zeitaufwand im

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 60/2001, 19/2002, 7/2005

Betrag von 62,20 Euro je Prüfungstag. Bei einem Zeitaufwand von mehr als vier Stunden je Prüfungstag gebührt eine Entschädigung im Betrag von 124,40 Euro.

#### § 48<sup>2)</sup>

##### **Ersatz der Jagdschutzprüfung**

Die Jagdschutzprüfung wird ersetzt durch

- a) die bestandene Staatsprüfung für den leitenden Forstdienst oder
- b) den erfolgreichen Abschluss des Lehrberufs Berufsjäger.

#### **8. Abschnitt Jagdförderungsbeitrag**

#### § 49<sup>3)</sup>

(1) Der Jagdförderungsbeitrag für ein Jahr beträgt bei der Ausstellung von Jagdkarten:

- |  |             |
|--|-------------|
| a) für Jagdschutzorgane, Ausbildungsjäger und Jagdverwalter  | 8,70 Euro   |
| b) für Personen mit Hauptwohnsitz im Inland und Unionsbürger sowie Personen, die diesen nach dem Recht der Europäischen Union gleichgestellt sind, | 30,30 Euro  |
| c) für alle übrigen Personen   | 76,20 Euro. |

(2) Der Jagdförderungsbeitrag beträgt bei der Ausstellung von Gästejagdkarten:

- |  |             |
|--|-------------|
| a) für Personen mit Hauptwohnsitz im Inland und Unionsbürger sowie Personen, die diesen nach dem Recht der Europäischen Union gleichgestellt sind, | 15,00 Euro  |
| b) für alle übrigen Personen   | 41,10 Euro. |

#### **9. Abschnitt Schlussbestimmungen**

#### § 50<sup>1)</sup>

##### **Übergangsbestimmungen**

(1) Vor Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgreich abgeschlossene Diplomstudien der Studienrichtung Forst- und Holzwirtschaft an der Universität für Bodenkultur in Wien gelten im Sinne des § 18 lit. a als Ersatz der Jagdprüfung.

<sup>2)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

<sup>3)</sup> Fassung LGBl.Nr. 60/2001, 19/2002, 7/2005, 55/2008



(2) Die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung begonnenen Ausbildungsjahre sind nach den bisher geltenden Bestimmungen zu beenden.

§ 51

**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

(1) Diese Verordnung tritt am 1. August 1995 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die Jagdverordnung, LGBI. Nr. 39/1988, in der Fassung LGBI.Nr. 43/1991 und Nr. 48/1991, außer Kraft.

**Anlage 1**

Vorderseite:

**JAGDERLAUBNISSCHEIN**

Hiermit erteile ich Herrn (Frau) \_\_\_\_\_  
 wohnhaft in \_\_\_\_\_  
 die Erlaubnis, in meinem Jagdgebiet\* / im folgenden näher bezeichneten Teil  
 des Jagdgebietes\* \_\_\_\_\_  
 die Jagd auf folgende Wildarten und Stückzahlen \_\_\_\_\_  
 in der Zeit vom \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ auszuüben.

\_\_\_\_\_, am \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
 Jagdgebiet

\_\_\_\_\_  
 Unterschrift des  
 Jagdnutzungsberechtigten

\* Nichtzutreffendes streichen!

Rückseite:

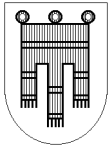
Die Jagd ist im Rahmen der erteilten Jagderlaubnis und unter Beachtung der Vorschriften des Jagdgesetzes auszuüben, widrigenfalls die Jagderlaubnis durch den Jagdnutzungsberechtigten zu entziehen ist.

Die Jagderlaubnis ist den behördlichen Organen, zu denen die Jagdschutzorgane bei Ausübung des Dienstes gehören, auf Verlangen vorzuzeigen.

Jagdnutzungsberechtigte dürfen Jagderlaubnisse nur im Rahmen einer ordnungsgemäßen Jagdwirtschaft erteilen.

Anlage 2

Anlage 3<sup>1)</sup>



Bezirkshauptmannschaft

\_\_\_\_\_, am \_\_\_\_\_

Zl.

**ZEUGNIS**

Herr / Frau \_\_\_\_\_ geb. am \_\_\_\_\_

wohnhaft in \_\_\_\_\_ hat am \_\_\_\_\_

vor der gemäß § 25 Abs. 3 des Jagdgesetzes, LGBl.Nr. 32/1988, in der Fassung  
LGBl.Nr. 67/1993, bei der Bezirkshauptmannschaft \_\_\_\_\_  
bestehenden Prüfungskommission die

**JAGDPRÜFUNG**

bestanden.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission:

Wildruhezone:

Sperrgebiet:



äußerer Kreis: grün  
innerer Kreis: weiß  
Schrift und Wald-Wild-Symbol: schwarz  
Zusatztafel: rechteckig 20 cm x 30 cm

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 55/2008

**Anlage 4<sup>1)</sup>**

An die  
Bezirkshauptmannschaft

=====

**ABSCHUSSLISTE**

für das Jagdjahr \_\_\_\_\_ / \_\_\_\_\_  
(bis 10. April jeden Jahres der Behörde zu übermitteln).

Jagdgebiet: \_\_\_\_\_

Jagdnutzungsberechtigter:

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

**ANLEITUNG :**

1. Der Jagdnutzungsberechtigte hat über das in seinem Jagdgebiet erlegte oder eingefangene Wild sowie das aufgefundene Fallwild und sonstige Wildverluste ein fortlaufendes Verzeichnis (Abschussliste) zu führen.
2. Der Jagdnutzungsberechtigte hat alles erlegte Wild einschließlich Fallwild (Eintragung in anderer Farbe) sofort nach dessen Abschuss oder Auffindung zusammen mit dem Namen und der Anschrift des Erlegers bzw. Auffinders in die entsprechende Spalte der Abschussliste einzutragen. Für Fallwild, das im Straßenverkehr ums Leben gekommen ist, ist in der Spalte für die Eintragung des Auffinders zusätzlich der Vermerk "Straße" anzubringen. Im Bedarfsfalle sind weitere Abschusslisten anzuschließen.
3. Jeder Abschuss von Wild, welcher dem Abschussplan unterliegt, ist innerhalb **ei-ner Woche** mittels Abschussmeldekarte der Behörde zu melden.

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 72/2007

Lfd. Nr.	Tag des Abschusses (des Auffindens)	Name und Anschrift des Erlegers (des Auffinders)	Abschuss in der Freihaltung ja/nein	Wildbret-Gewicht aufgebrochen mit Haupt (kg)	Rotwild								
					männl.				weibl.				
					I	II	III	Schmalspießer	Hirschkälber	Tiere	Schmaltiere	Wildkälber	
Summe der getätigten Abschüsse													
Summe Fallwild													
Straßenverkehr													
Sonstiges													
Gesamtsumme													
Mindestabschuss lt. Abschussplan													
Höchstabschuss lt. Abschussplan													

\* In diese Spalte ist sonstiges, im Vordruck nicht namentlich angeführtes Wild einzutragen.

Rehwild			Gamswild				Steinwild										
männl.		weibl.	männl.		weibl.	männl.		weibl.									
mehrf. Bocke	Bockjährlinge	Bockkitze															

Sonstiges Haarwild										Federwild																								
Murmeltiere	Feldhasen	Schneehasen	Dachse	Füchse	Steinmarder	Bisamratten	Schwarzwild	*	*	Birkhühner	Schneehühner	Fasane	Ringeltauben	Turkentauben	Waldschneepfaffen	Stockenten	Krickenten	Tafelenten	Reihrenten	Bläßhühner	Lachmöwen	Rabenkrähen	Erlstern	Eichelhäher	Kollkraben	Kormorane	Graureiher	Haubentaucher	Gamsesäger	*	*	*		

Anlage 5<sup>1)</sup>

Vorderseite:

Absender: \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_

An die  
 Bezirkshauptmannschaft

Die Richtigkeit der umseitigen Abschussmeldung wird bzgl. Stück, Wildart und Geschlecht bestätigt.\*

\_\_\_\_\_ Das Kontrollorgan

\* Ist nur bei erlegtem Schalenwild, ausgenommen männliche Stücke, die älter als ein Jahr sind, erforderlich!

Rückseite:

Im \_\_\_\_\_ Jagdgebiet \_\_\_\_\_ wurden erlegt.

am	von	Abschuss in der Freihaltung ja/nein	Stück	Wildart*	Geschlecht	Altersklasse

\* z.B. Rot-, Reh-, Gams-, Steinwild, Murmeltiere

Unterschrift des Jagdnutzungsberechtigten

<sup>1)</sup> Fassung LGBl.Nr. 72/2007

**Anlage 6**

**T A G E B U C H**

des Kontrollorganes  
gemäß § 42 des Jagdgesetzes

**Kontrollorgan:**

Name: .....

Anschrift: .....

**Zeitraum:**

Vom ..... bis .....